

Universitätsstadt Marburg



Beschlussvorlage	Vorlagen - Nr.: VO/0779/2008 Status: öffentlich Datum: 05.11.2008	TOP
Stadtverordnetenversammlung Marburg		
<u>Dezernat:</u>	I	
<u>Fachdienst:</u>	10 - Personal-, Organisations- u. Beteiligungsmanagement	
<u>Sachbearbeiter/in:</u>	Frau Bohnke (011)	
<u>Beratende Gremien:</u>	Magistrat Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg	

Gemeinsame Erklärung der Stadt Marburg und Vertretern der in der Universitätsstadt Marburg lebenden Migrantinnen und Migranten und Religionsgemeinschaften zur Förderung der Integration durch Zusammenarbeit

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der beigefügten Gemeinsamen Erklärung der Stadt Marburg und Vertretern der in der Universitätsstadt Marburg lebenden Migrantinnen und Migranten und Religionsgemeinschaften zur Förderung der Integration durch Zusammenarbeit

wird zugestimmt.

Begründung:

Der Wunsch der Vereine „Islamische Gemeinde Marburg/Orientbrücke“ und „Hadara“, in der Universitätsstadt Marburg gemeinsam ein größeres Gebetshaus mit Kulturzentrum zu errichten, hatte im Frühjahr 2007 eine öffentliche Diskussion mit sehr kontroversen Meinungen zu diesem Vorhaben ausgelöst. Die Vereine haben ihr Vorhaben daraufhin ruhen lassen.

Als Reaktion auf diese öffentliche Diskussion regte Oberbürgermeister Egon Vaupel einen „Runden Tisch“ an, um zu prüfen, ob für die Universitätsstadt Marburg eine „Integrationsvereinbarung“ erarbeitet werden soll. Am 5. November 2007 kam der „Runde Tisch“ mit Vertreterinnen und Vertretern der evangelischen und der katholischen Kirche, islamischer sowie anderer Vereine, des Ausländerbeirates der Universitätsstadt Marburg sowie der Stadt Marburg erstmals zusammen.

Bereits in dieser ersten Sitzung war in der Runde Konsens, dass für die Universitätsstadt Marburg keine Vereinbarung nach dem Muster der Stadt Wiesbaden in Frage kommt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Runde sprachen sich für eine Erklärung aus, die möglichst alle Migrantinnen und Migranten, die in der Universitätsstadt leben oder leben werden, einbezieht und die ein Leitbild für die Integrationspolitik der Stadt beinhaltet.

Dieser Ansatz hat dazu geführt, dass nach Gesprächen in der erwähnten „kleinen Runde“ am 15., 29. Januar und 4. März 2008 der Beschluss gefasst wurde, den Kreis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu erweitern.

Die erweiterte Runde kam erstmals am 29. April 2008 zusammen. In der zweiten Sitzung am 5. Juni 2008 einigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf eine „Gemeinsame Erklärung“ mit dem Ziel, diesen Text nun mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverordnetenversammlung zu beraten. Es beteiligten sich Frauen und Männer folgender Fraktionen: SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, MBL.

Die um die Politik erweiterte Runde kam auf Einladung von Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer drei Mal (27. August, 24. September, 29. Oktober) zusammen.

In der Sitzung am 29. Oktober verabschiedeten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den vorliegenden Text.

Egon Vaupel
Oberbürgermeister

Anlage

Gemeinsame Erklärung der Stadt Marburg und Vertretern der in der Universitätsstadt Marburg lebenden Migrantinnen und Migranten und Religionsgemeinschaften zur Förderung der Integration durch Zusammenarbeit

Vorwort

Integrationspolitik ist ein gesamtgesellschaftliches Anliegen und eine gesamtstädtische Aufgabe. Mit der „Gemeinsamen Erklärung der Stadt Marburg und Vertretern der in der Universitätsstadt Marburg lebenden Migrantinnen und Migranten und Religionsgemeinschaften zur Förderung der Integration durch Zusammenarbeit“ werden Leitlinien für diese Politik festgelegt.

Integration ist keine Einbahnstraße, im Gegenteil. Die Verbindung zwischen Migrantinnen und Migranten und der deutschen Gesellschaft muss von beiden Seiten aus erfolgen. Integration bedeutet interkulturelle Begegnung und interkulturelles Lernen. Wir alle sind gefordert, zum Frieden zwischen den Menschen in unserer Stadt beizutragen.

Ohne eine gute Beziehung zur deutschen Gesellschaft, ihren Institutionen und ihre Unterstützung bleiben Migrantinnen und Migranten isoliert. Das fördert die Gefahr, dass sich Parallelgesellschaften bilden.

Erklärung

Für diesen gesamtgesellschaftlichen Prozess der Integration sind alle Beteiligten in gegenseitigem Nehmen und Geben mitverantwortlich.

Eine nachhaltige Integrationspolitik strebt die positive Einbindung aller Gesellschaftsmitglieder – auch der zukünftigen – an. Niemand darf ausgegrenzt werden.

Dadurch entwickelt sich im Verlauf des Integrationsprozesses eine neue Kultur, ohne dass die individuellen Identitäten aller Mitglieder der Gesellschaft verloren gehen.

Erfolgreiche Integration bedeutet Identifikation, Teilhabe und Verantwortung, sie setzt gegenseitigen Respekt und Anerkennung voraus. Dafür sind Anstrengungen seitens der Kommune, der Gesellschaft der Einheimischen und der Migrantinnen und Migranten notwendig. Die Zuwandernden müssen bereit sein, sich auf ein Leben in der deutschen Gesellschaft einzulassen und durch das Erlernen der deutschen Sprache ihre Zugehörigkeit zur neuen Heimat deutlich machen. Dies erfordert Eigeninitiative und Eigenverantwortung der Zugezogenen.

Die Gesellschaft heißt die Migrantinnen und Migranten ehrlich willkommen und garantiert ihnen Rechtsgleichheit. Alle Menschen müssen gleiche Chancen in allen Lebensbereichen haben und ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden.

Grundlage für die Zusammenarbeit ist die Werteordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und die der Verfassung des Landes Hessen. Insbesondere:

Unantastbarkeit der Menschenwürde

Geltung von Grund- und Menschenrechten

Gleichberechtigung der Geschlechter

Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des jeweiligen religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses

Die ungehinderte Religionsausübung.

Migrantinnen und Migranten sind ein Gewinn und eine Bereicherung für eine Gesellschaft. Sie sind als vollwertige und verlässliche Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ohne Preisgabe ihrer Identität zu akzeptieren.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieser Erklärung unterstützen vorbehaltlos die Integration von Zugewanderten, egal woher sie kommen und welcher Nationalität, ethnischen Gruppierung oder Religion sie angehören.

Juden, Christen und Muslime wissen sich durch ihre zentralen Glaubensinhalte dazu verpflichtet, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Diskriminierung und Unrecht in jeder Form entgegenzutreten und sie im Sinn des Grundgesetzes und der Nächstenliebe zu überwinden.

Die evangelische und die katholische Kirche unterstützen eine Politik, die allen Bürgerinnen und Bürgern im Land eine öffentliche praktische Ausübung ihrer Religion ermöglicht und dafür angemessene Bedingungen schafft.

Das betrifft zum Beispiel die Errichtung von religiösen und kulturellen Zentren, den professionellen Religionsunterricht an Schulen innerhalb des gesetzlichen Rahmens, die Möglichkeit nach eigenem Ritus die Toten zu bestatten, religiös qualifizierte seelsorgerliche Hilfe bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit und in Notfällen zu beanspruchen.

Den Marburger Muslimen ist es ein Anliegen, zu erklären, dass sie als Teil dieser Gesellschaft anerkannt werden wollen und aktiv mitwirken bei allen Belangen, die die Menschen in Marburg betreffen.

Migrantinnen und Migranten haben die Freiheit, im Rahmen der Gesetzgebung ihr Leben selber zu gestalten, ihre Religion und Weltanschauung zu pflegen und sich in der Gesellschaft wirtschaftlich wie politisch zu positionieren, so wie es jeder deutschen Bürgerin und jedem deutschen Bürger zusteht. Hier benötigen Zuwandernde angemessene staatliche und gesellschaftliche Unterstützung.

Der erste Schritt für eine gelingende Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache. Gesellschaft und Stadt müssen die Voraussetzungen und Möglichkeiten für Spracherwerb und Chancengleichheit in allen Bereichen schaffen. Im Weiteren ist die berufliche Aus- und Weiterbildung zu fördern.

Integration, verstanden als Prozess, der auf gegenseitiger Anerkennung, Respekt und Bereitschaft sich einzubringen beruht, soll in der Universitätsstadt Marburg durch konkrete Schritte vorangebracht werden. Ziel ist, ein gemeinsames Verständnis von Integration zu entwickeln, das wechselseitige Pflichten und Rechte begründet.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Erklärung erstellen gemeinsam mit den städtischen Gremien einen Aufgabenkatalog, der die Stadt und die Migrantinnen und Migranten in die Pflicht nimmt, im Sinn der gemeinsamen Erklärung tätig zu werden.

Mit dieser Erklärung bekennen sich die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner zu einem gemeinsamen Vorgehen zwecks Förderung der Integration aller Migrantinnen und Migranten in der Universitätsstadt Marburg. Diese Erklärung ist die Grundlage für den eingangs erwähnten Prozess der Integration. Sie wird ergänzt durch einen Aufgabenkatalog, der Schritt für Schritt realisiert wird.

Regelmäßige Gespräche zwischen Vertretern/Organisationen der Migrantinnen und Migranten, der Religionsgemeinschaften, der Stadtverordnetenversammlung und der Stadt Marburg werden vereinbart.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner und die Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverordnetenversammlung verpflichten sich, regelmäßig, spätestens nach zwei Jahren, zu überprüfen, ob Ergänzungen oder Änderungen der Erklärung beziehungsweise der Aufgaben notwendig sind.

An dieser Erklärung haben mitgewirkt:

Dr. Awad Atalla (Islamischer Kulturverein HADARA)
Dr. Matin Baraki (Vorsitzender des Ausländerbeirats der Universitätsstadt Marburg)
Brigitte Bohnke (Persönliche Referentin von Oberbürgermeister Egon Vaupel)
Bülent Budak (Türkische Studenten und Wissenschaftler in Marburg e.V.)
Monika Bunk (Jüdische Gemeinde Marburg)
Hannes Eibach (Evangelische Kirche)
Dr. Bilal Farouk El-Zayat (Islamische Gemeinde Marburg, Orientbrücke)
Shaima Ghafury (BSF Marburg, Schwerpunkt Arbeit mit Migrantinnen und Migranten)
Dr. A. Kabis Kakar (Afghanischer Kulturverein Marburg-Biedenkopf)
Dr. Franz Langstein (Katholische Kirche)
Dr. Mohammad Reza Mahmanesh (Deutsch-Iranischer Verein e.V.)
Kirsten Mankel (Mitarbeiterin im Ausländerbeirat der Universitätsstadt Marburg)
Christian Meineke (Integrationsbeauftragter der Universitätsstadt Marburg)
Goharik Petrosjan (Ausländerbeirat der Universitätsstadt Marburg)
Fahim Qayumi (Afghanischer Kulturverein Marburg-Biedenkopf)
Petra Schmittner (Deutsch-Iranischer Verein e.V.)
Said Shahtout (Islamischer Kulturverein HADARA)
Erika Süß (DOIZ, Deutsch-Osteuropäisches Integrationszentrum e.V.)
Egon Vaupel (Oberbürgermeister)
Christa Winter (Referat für die Gleichberechtigung von Frau und Mann)
Dekan Helmut Wöllenstein (Evangelische Kirche)